

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中
報華號雅政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend, den 11. März 1933.

Nummer 749

Das Ende der deutschen Bundesstaaten

Umschwung in Bayern

München, den 9. März (Transocean A.). Der nationalsozialistische Veteran General von Epp ist am Donnerstag Abend von der Reichsregierung in Verfolg ihrer Politik der Vereinheitlichung und Zentralisierung zum Reichskommissar für Bayern ernannt worden.

Bayern ist der letzte „unterworfenen“ Staat, wodurch das Reich praktisch geeint worden ist.

Der Ernennung von Epps sind längere Verhandlungen zwischen den nationalsozialistischen Führern und dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held vorangegangen, der anfangs der Ernennung zugestimmt haben soll, sie aber später zurückgezogen hat. Er hat darauf bestanden, dass der Landtag einberufen werde, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Dadurch wurde die Reichsregierung gezwungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit einzugreifen.

München, den 9. März (Reuter). Die Bayrische Regierung hat der Ernennung von Epps unter Protest zugestimmt und ist dann zurückgetreten.

Der „unblutige“ Sieg der Nationalsozialisten in Bayern wird als der Anfang in dem Kampf gegen das System der Bundesstaaten in Deutschland angesehen, und in hiesigen amtlichen Kreisen wird zugegeben, dass die Reichsregierung ein geeintes und einheitliches Deutschland mit einer einzigen Volksvertretung in Berlin und einer obersten Behörde, nämlich der Zentralregierung, anstrebt.

Umschwung in Hessen

Berlin, 7. März (Transocean K.). Die Regierung des Freistaats Hessen beabsichtigt, den Landtag sofort einzuberufen, damit derselbe über seine eigene Auflösung und über das Datum neuer Wahlen beraten kann. Es wird erwartet, dass andere Regierungen ähnliche Massnahmen treffen, weil die Zusammensetzung der verschiedenen Landtage nicht mehr im Einklang mit dem herrschenden politischen Gefühl steht.

Berlin, 7. März (Transocean K.). Der neu ernannte Reichskommissar für Hessen hat in der vergangenen Nacht sein Amt übernommen. Gegen Mitternacht haben nationalsozialistische Sturmtruppen das hessische Innenministerium besetzt, welches jetzt von einem doppelten Kordon von S.A.- und Stahlhelmläuten mit Karabinern und Handgranaten bewacht wird. Die Sturmtruppen haben ebenfalls eine Wache in die Wohnung des hessischen Staatspräsidenten Adelnig, gelegt, die Telefonverbindung unterbrochen und ausserdem den Eintritt in das Haus untersagt. Sie haben ebenfalls das Arbeitsamt und das Büro der Sozialdemokratischen Partei besetzt.

Heute wurde auf dem Rathaus der Freistadt Bremen die schwarzweissrote Flagge gehisst, als Zeichen des Rücktritts des ganzen Senats, welcher in den Hansestädten die vollziehende Gewalt bildet.

Deutsche Presse zum Regierungssieg

Berlin, 6. März (Transocean K.). Der Sieg der nationalen Parteien wird von ihren Presseorganen wahrgenommen, um die augenblickliche Lage zu beleuchten und es wird die Hoffnung ausgedrückt, dass nun der Wiederaufbau des Reiches beginnen kann.

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten, der „Angriff“, überschreibt seine Besprechung mit „Der Sieg ist unser“ und sagt, dass wenn jemals, jetzt die Zeit ist zu erklären „das Banner wird nicht heruntergeholt, sondern der Kampf geht weiter“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, dass der Sieger in der Schlacht Adolf Hitler ist. Die Wahl, sagt die Zeitung, bedeutet das Ende des demokratisch-parlamentarischen Staates und den Beginn einer neuen Zeit, wo die Preussen und Deutschland innewohnenden Kräfte sich daran erinnern sollen, dass die nationale Revolution siegreich, mit wenig Opfern, in Frieden und Disziplin vor sich gegangen ist, welche immer noch der Hauptton deutschen Lebens sind, wenn sie auch manchmal durch Missstände gestört werden.

Die „Börsenzeitung“ schreibt vertrauensvoll: „Der Weg des Deutschen Schicksals liegt klar und leicht erkennbar vor uns. Es ist keine schön gepflasterte Landstrasse sondern der Weg ist mit Steinen und anderen Hindernissen besät und jene, die darüber gehen, werden mehr als einmal Elend leiden, aber die eine Tatsache ist sicher, dass uns am Ende dieses Weges eine neue und glänzendere Zukunft winkt.“

Die demokratische „Vossische Zeitung“ schreibt, dass alle Voraussetzungen für einen stetigen Fortschritt der Regierungsarbeit gegeben sind. Die Regierung wird von einer ungeheuren Welle des Vertrauens getragen, hat aber zu gleicher Zeit die Last einer riesigen Verantwortung zu bewältigen.

In demselben Sinne schreibt das klerikale Zentrumsorgan „Germania“: „Die Nationalsozialisten haben ohne Zweifel das Recht, das deutsche Staatsschiff zu führen und mit diesem Recht tragen sie die Verantwortung für sein ferneres Schicksal und sie werden nun zu zeigen haben, was sie können.“

Von besonderer Bedeutung sind die Bemerkungen des Zentral-Organs der Nationalsozialisten, das „Völkischen Beobachters“, welcher sagt: „Der Vorsatz, der unsere Schritte in den vergangenen 13 Jahren leitete, wird nicht aufgegeben werden, bis wir auch den zweiten Teil des Weges vom Brandenburger Tor bis zum Kaiserlichen Schloss zurückgelegt haben.“

Ueber dem Karl Liebknecht Haus das Hakenkreuz und Schwarz-weiss-rot

Berlin, den 8. März (Transocean A.). Das frühere Bollwerk der Kommunisten in Berlin, das sogenannte Karl Liebknecht Haus, das kürzlich wegen der dort aufgefundenen Dokumente und der unterirdischen Gänge besetzt worden ist, wurde jetzt der Polizeibehörde zur Verfügung gestellt. Es soll dort die kürzlich gebildete Abteilung der „politischen Polizei“ unter-

gebracht werden, deren Hauptaufgabe darin besteht, den kommunistischen Terror und die kommunistische Propaganda zu bekämpfen.

Die Polizei hat am Mittwoch Nachmittag nach einer kurzen Zeremonie das Haus in Besitz genommen und das Hakenkreuz und die schwarz-weiss-roten Farben gehisst.

Von der Presse wird das Vorgehen der Behörden als „poetische Gerechtigkeit“ begrüsst.

Die sterbende Abrüstungskonferenz

Frankreich wirbt um England als Bundesgenossen gegen Deutschland

Paris, den 9. März (Transocean A.). In Begleitung mehrerer Beamter des Auswärtigen Amtes trafen der britische Erstminister und der Aussenminister am Donnerstag in Paris ein. Auf der Station wurden sie von Erstminister Daladier und Aussenminister Paul Boncour begrüsst. Anschliessend fuhren sie auf die englische Gesandtschaft, wo nach einem Bankett am Donnerstag Abend die Verhandlungen beginnen werden.

Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt, nur von einem Frühstück, das zu Ehren der englischen Gäste in der Wohnung des französischen Erstministers gegeben wird, unterbrochen. Entweder am Freitag Abend oder am Sonnabend Morgen werden die französische und englische Delegation gemeinsam nach Genf abfahren.

Inzwischen werden in der Presse Zweifel laut, ob es überhaupt möglich sein wird, die Abrüstungskonferenz wieder flott zu machen.

Der halbamtliche „Petit Parisien“ glaubt nicht an die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich, deren Differenzen das schwerwiegendste Problem sind. Die Zeitung plädiert daher für eine englisch-französische Einheitsfront, falls die Konferenz zusammenbrechen sollte.

MacDonald als Retter in der Not?

Genf, den 9. März (Transocean A.). Die Nachricht, dass der britische Erstminister mit einem fix und fertigen Plan nach Genf geht, um die Abrüstungskonferenz vor dem Zusammenbruch zu retten, wird in hiesigen britischen Kreisen bestritten. Es wird hier im Gegenteil darauf hingewiesen, dass MacDonald entschlossen ist, der Abrüstungskonferenz über den toten Punkt hinwegzuhelfen und ein Abkommen über die Aufrüstungen, die Stärke der stehenden Heere und die deutsche Gleichberechtigung zustande zu bringen, aber dass er den endgültigen Wortlaut dieser Vorschläge erst nach Abschluss seiner Verhandlungen mit den französischen Ministern in Paris und den deutschen, italienischen und anderen Vertretern formulieren wird. MacDonald wird im Laufe des nächsten Sonnabends in Genf erwartet und wird dort voraussichtlich eine Woche bleiben, in deren Verlauf er hofft, gute Fortschritte erreichen zu können.

Italien und die Abrüstungskonferenz

Rom, den 9. März (Transocean A.). Die italienische Regierung verhält sich den britischen Wünschen

Unregelmässige Börse — Golddeckung

Berlin, den 9. März (Transocean A.). Die heutige Börse eröffnete und schloss unregelmässig. Die meisten Aktien und besonders die, welche in den letzten Tagen erhebliche Aufbesserungen zu verzeichnen hatten, sackten wieder ab. Das allgemeine Preisniveau ging um etwa 2 Punkte zurück.

Der Wochenbericht der Reichsbank zeigte eine Abnahme der Golddeckung von 27,4% auf 25,8%, was in erster Linie auf die Abwanderung der ausländischen Goldbestände zurückzuführen ist, die dazu benutzt worden sind, die Verpflichtungen an die Bank für Internationalen Ausgleich gemäss dem Stillhalteabkommen zu erfüllen.

Der Notenumlauf ist von 5.4 Milliarden in der letzten Woche auf 5.3 Milliarden Mark zusammengeschrumpft.

Von der Messe

Leipzig, 6. März (Transocean K.). Heute war der erste Tag der grossen Frühjahrmesse, welche am Wahltag eröffnete und deswegen nicht so viele Besucher hatte wie in früheren Jahren. Der Montag machte jedoch die Verluste vom Sonntag wieder wett und während des ganzen Tages herrschte fieberhafte Tätigkeit und gesunder Optimismus. Die Haltung der Käufer war, so wird gesagt, bedeutend durch den Ausgang der Wahlen beeinflusst.

Holland fürchtet die Anerkennung der Sowjet Union

Der Haag, den 9. März (Transocean A.). Die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber Sowjet-Russland tritt wieder in dem Memorandum zu Tage, das die Regierung in Erwiderung auf den Vorschlag des Aussenministeriums der Ersten Kammer vorgelegt hat.

In diesem Memorandum heisst es, dass der Staat unter den augenblicklichen Verhältnissen keinen umstürzlerischen Tendenzen ausgesetzt werden darf, und dass die materiellen Vorteile für Holland, die aus einer offiziellen Anerkennung der Sowjet Union entstehen, kein Äquivalent für die Gefahren bieten, die mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen eingegangen werden.

gegenüber taub, dass Mussolini nach Genf kommt, um mit MacDonald zusammen den letzten verzweifelten Versuch zu machen, die Abrüstungskonferenz vor dem Zusammenbruch zu retten. Der Wunsch der britischen Regierung ist anscheinend durch den italienischen Gesandten in London, Grandi, der hier am Donnerstag eingetroffen ist, um an dem Grossfaschistischen Rat teilzunehmen, übermittelt worden.

Es wird erklärt, dass der italienische Vertreter in Genf, ermächtigt worden ist, Italien auf der Fünf-Mächte-Konferenz zu vertreten, und dass er jede neue und praktische Anregung, die MacDonald zur Rettung der Konferenz vorschlagen sollte, unterstützen wird.

Die unversöhnliche Haltung Frankreichs

Genf, den 9. März (Transocean A.). Die unversöhnliche Haltung Frankreichs in der Frage der Abrüstung trat heute Nachmittag wieder zu Tage, als der französische Vertreter im Laufe der Debatte des Hauptausschusses über die Frage der Rüstungen das Wort ergriff. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden Henderson eröffnet. Anschliessend redete der britische Delegierte Hauptmann Eden, der für die Abschaffung der Angriffswaffen eintrat, und hierin Unterstützung des deutschen Vertreters Nadolny fand. Nadolny forderte eine sofortige Lösung dieser Frage und erklärte, dass die schwer bewaffneten Mächte hoffentlich nicht die Abrüstung von weiteren Garantien, die ihnen die entwaffneten Staaten geben sollen, abhängig machen werden. Er widersprach ferner dem französischen Vorschlag, dass die Angriffswaffen der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, sondern forderte deren Zerstörung.

Der italienische Delegierte erklärte, dass die italienische Regierung in die Abschaffung von Tanks und Geschützen über ein Kaliber von 10 Zentimeter einwillige.

Der französische Delegierte Massigli erklärte schliesslich, dass Frankreich sich zu dieser Frage nicht äussern könne, solange der Frieden in Europa nicht „organisiert“ sei. Er beklagte sich ferner darüber, dass der französische Vorschlag, ein Abkommen abzuschliessen, das gegenseitige Hilfe garantiere, bei verschiedenen Staaten auf Opposition gestossen sei, und es sei notwendig, dass die Haltung dieser Staaten erst klargestellt werde, bevor Frankreich sich auf eine Verhandlung über die qualitative Abrüstung einlassen könne.